

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

KR-Nr. 53/2004

Sitzung vom 14. April 2004

555. Anfrage (Lehrstellen-Situation im August 2004)

Die Kantonsräte Thomas Hardegger, Rümlang, und Marcel Burlet, Regensdorf, haben am 2. Februar 2004 folgende Anfrage eingereicht:

Mit der Antwort auf die Anfrage KR-Nr. 7/2003 hat der Regierungsrat (RR) dargelegt, dass er der angespannten Situation auf dem Lehrstellenmarkt einzig mit verstärktem Engagement der Berufsberatung des Kantons Zürich begegnen will. Dazu unterstützte er auch die Kampagne «Mehr Lehrstellen 2003».

Ein Jahr später sehen die Aussichten, eine Lehrstelle zu finden, wieder für Hunderte von Jugendlichen sehr düster aus. Die Beschäftigung ist weiter zurückgegangen, und damit sind weitere Lehrstellen verschwunden. Zusätzlich drängen die vielen Jugendlichen, die sich in Ermangelung eines Lehrverhältnisses im Sommer 2003 auf eine Zwischenlösung eingelassen haben, auf den Lehrstellenmarkt.

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Jugendliche haben im Sommer 2003 keine Lehrstelle gefunden? Wie viele haben in einer Zwischenlösung Aufnahme gefunden?
2. Wie viele sind ohne Ausbildungsplatz geblieben? Wie wurden diese Jugendlichen in diesem Jahr und in der Suche nach einer Lehrstelle beziehungsweise Zwischenlösung begleitet?
3. a) Wie haben sich die vom RR beschlossenen Massnahmen der Berufsberatung bewährt?
b) Welche Wirkung hat die Unterstützung der Kampagne «Mehr Lehrstellen 2003» gezeitigt?
c) Gibt es konkrete Resultate zur Anzahl zusätzlicher Lehrstellen oder abgeschlossener Lehrverhältnisse, die auf das vermehrte Engagement der Berufsberatung beziehungsweise auf die Kampagne «Mehr Lehrstellen 2003» zurückzuführen sind?
4. Wie beurteilt der RR die Situation auf dem Lehrstellenmarkt für den Lehrbeginn 2004? Wie beurteilt der RR den Verlust von Lehrstellen durch die Betriebsschliessungen und die Reduktion der Beschäftigten der letzten Jahre?
5. Sind neue Massnahmen geplant, dass möglichst allen Schulabgängerinnen und Schulabgängern eine Berufsausbildung ermöglicht werden kann?

6. Mit welchen Massnahmen gedenkt der RR dafür zu sorgen, dass Jugendliche, die auf den Lehrbeginn 2004 keine Lehrstelle finden, in einer Zwischenlösung Aufnahme finden?
7. Wie unterstützt er insbesondere die Jugendlichen, die über weniger gute schulische Voraussetzungen verfügen?

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Thomas Hardegger, Rümlang, und Marcel Burlet, Regensdorf, wird wie folgt beantwortet:

Im Jahr 2003 war die Lehrstellensituation sehr angespannt. Einer Zunahme der Schulabgänge um 500 stand anfänglich ein Rückgang der Lehrstellen um 500 gegenüber. Ende Juni hatten noch rund 1000 von 12600 Schulabgängern und Schulabgängerinnen keine Anschlusslösung. Um einen Ausbildungsplatz bewarb sich zudem eine unbekannte Anzahl weiterer Jugendlicher, die zumeist aus nichtschulischen Zwischenlösungen und aus anderen Kantonen kamen.

Bis zum Herbst hatte sich die Lage spürbar verbessert: Bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren waren Anfang November noch rund 50 Schulabgänger und Schulabgängerinnen gemeldet, die keine Anschlusslösung gefunden hatten. Allerdings ist mit einer Dunkelziffer von weiteren 100 bis 300 Jugendlichen ohne Anschlusslösung zu rechnen. Rund 2250 setzten in Brückenangeboten (10. Schuljahre, Hauswirtschaftliche Jahreskurse und andere) ihre Ausbildung fort, 550 fanden Aufnahme in ein Motivationssemester. Sie werden während dieses Zwischenjahres von Lehrpersonen und Berufsberatung bei der Lehrstellensuche besonders unterstützt.

Dass 2003 praktisch alle Schulabgänger eine Anschlusslösung gefunden hatten, ist auf die verstärkten Bemühungen aller Berufsbildungspartner zurückzuführen:

- die Arbeitgeber schufen zusätzliche Lehrstellen; die Anzahl neu abgeschlossener Lehr- und Anlehrverträge übertraf mit 10327 per Ende Jahr das Vorjahresergebnis um 1,1%;
- die Berufsberatung trug mit intensiver Beratung und Unterstützung der Jugendlichen dazu bei, dass sich die Anzahl unbesetzter Lehrstellen gegenüber dem Vorjahr um 200 auf noch rund 300 verringerte;
- die Anbieter von Brückenangeboten und Motivationssemestern erhöhten die Aufnahmekapazität um rund 200 Plätze;
- mit der Kampagne «Mehr Lehrstellen 2003!» konnte nachweislich die Sensibilisierung von privaten und öffentlichen Arbeitgebern erreicht werden; von den neu geschaffenen Lehrstellen konnten 340 auf den Einsatz von Lehrstellenförderern oder auf einen öffentlichen Aufruf zurückgeführt werden.

Auch im Jahr 2004 bleibt die Lehrstellensituation angespannt. Die Schulabgänge aus den Sekundarschulen nehmen zwar in diesem Jahr nicht zu, dafür die Abgänge aus schulischen Zwischenjahren und Motivationssemestern um rund 250. Dazu kommt wiederum eine unbekannte Anzahl Jugendlicher aus anderen Zwischenlösungen.

Das Lehrstellenangebot verharrte Anfang 2004 noch auf dem tiefen Stand des Vorjahres. Es ist deshalb notwendig, dass weitere Lehrstellen angeboten werden, damit das Ziel, dass kein Schulabgänger und keine Schulabgängerin ohne Anschlusslösung bleibt, erreicht werden kann. Dabei sollte die Anzahl Ausbildungsplätze in Brückenangeboten und Motivationssemestern nicht weiter erhöht werden müssen. Grundsätzlich ist anzustreben, dass es für alle Jugendlichen, die für eine Lehre genügend vorbereitet und geeignet sind, eine Lehrstelle gibt.

Die Unterstützung von Jugendlichen mit weniger guten schulischen Voraussetzungen wird mit den bisher bewährten Massnahmen der Berufsberatung im Rahmen der «SOS-Starthilfe» in enger Zusammenarbeit mit Eltern und Lehrpersonen weitergeführt. Die Berufswünsche werden auf ihre Realisierbarkeit hin überprüft, und es wird allenfalls nach Alternativen gesucht, die Bewerbungsunterlagen werden gesichtet und Vorstellungsgespräche trainiert.

Unter der Führung der Bildungsdirektion wird wiederum eine Kampagne «Mehr Lehrstellen 2004!» durchgeführt. Die Massnahmen sehen den Einsatz von Lehrstellenförderern in den Bezirken, die direkte Ansprache von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden und Öffentlichkeitsarbeit vor.

Unternehmen, die keine vollständige Lehre anbieten können, sich aber trotzdem an der beruflichen Grundbildung beteiligen möchten, werden verstärkt auf die Möglichkeit hingewiesen, sich an einem Lehrbetriebs-Verbund zu beteiligen. Der Kanton wird zusammen mit Wirtschaftsverbänden und dem Bund Instrumente zur Information und Beratung bereitstellen.

Zur allgemeinen Situation auf dem Lehrstellenmarkt lassen sich die folgenden Erwägungen anstellen:

Die Angebotsseite wird von der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt direkt beeinflusst. Betriebsschliessungen führen in vielen Fällen auch zu einem Verlust an Lehrstellen. Die Abteilung Lehraufsicht des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes hat bei grösseren Betriebsschliessungen (Swissair, Gretag) jeweils eine Task Force eingesetzt und in kurzer Zeit die Lehrlinge umplatzieren können. Die Berufsinspektorate können auch bei kleineren Betriebsschliessungen in der Regel die Lehrlinge umplatzieren.

Demgegenüber kommen jedes Jahr auch wieder neue Lehrbetriebe dazu. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre wurden jährlich rund 800 neue Ausbildungsbewilligungen erteilt und rund 3000 neue Lehrmeister-Kursausweise ausgestellt. Kurzfristig betrachtet, entwickelt sich das Lehrstellenangebot insgesamt nicht negativ. Die Zahl der abgeschlossenen Lehrverträge weist seit 2002 eine steigende Tendenz auf. Längerfristig ist jedoch eine Abnahme wegen struktureller Veränderungen des Arbeitsmarktes und der Unternehmen zu erwarten. Es besteht die Hoffnung, dass durch die Förderung von Lehrbetriebs-Verbänden neue Zusammenarbeitsformen in der Berufsbildung und ein dauerhaftes Berufsbildungsmarketing die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen erhalten und gefördert werden kann.

Auf der Nachfrageseite ist bis 2007 mit weiter zunehmenden Schulabgängen zu rechnen. Besondere Anstrengungen sind nötig, dass Jugendliche mit weniger günstigen Voraussetzungen den Übergang in die Berufsbildung schaffen. Die Bildungsdirektion hat die folgenden vordringlichen Handlungsfelder erkannt und entsprechende Aufträge erteilt:

- Die Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf den Übertritt in die Berufsbildung muss an der Volksschuloberstufe weiter verbessert werden.
- Die Berufsberatung hat sich zusammen mit den Lehrkräften mit hoher Priorität den schwächeren Schulabgängerinnen und Schulabgängern zu widmen.
- Das Angebot an Brückenangeboten und Zwischenjahren ist konsequent auf die Schliessung von Bildungslücken im Hinblick auf den Einstieg in die berufliche Grundbildung auszurichten.
- Der Einstieg in die berufliche Grundbildung für schulschwächere Jugendliche ist mit der Einführung von Attest-Ausbildungen und geeigneten Fördermassnahmen zu unterstützen.

Diese Themen werden auch im Zusammenhang mit den Arbeiten am kantonalen Einführungsgesetz zum neuen Berufsbildungsgesetz sowie mit der Revision des Gesetzes über die Jugendhilfe und Berufsberatung bearbeitet. Sie bilden einen Schwerpunkt der kantonalen Berufsbildungspolitik.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:

i.V.

Hirschi